

Datum: 22. Juni 2007

Thema: Sitzung der BVV am 21. Juni 2007

### **Politisches Signal für 30.000 Betroffene verhindert**

Nach der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Treptow-Köpenick am 21. Juni 2007 erklärt *Hans Erxleben*, Mitglied des Vorstandes der Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick:

**»Die Fraktion DIE LINKE bedauert, dass die Fraktionen von SPD, CDU und die Gruppe der FDP dem Antrag in der BVV vom 21. Juni 2007 in namentlicher Abstimmung nicht folgten, dem Bezirksamt zu empfehlen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, die Regelleistungen für ALG-II-Bezieher von 345 Euro auf 420 Euro abzuheben. Damit wurde ein deutliches politisches Signal für 30.000 Betroffene in unserem Bezirk verhindert.«**

Zur Abstimmung über die weitere Finanzierung des Zentrums für Demokratie erklärt *Hans Erxleben* weiter:

Die Fraktion begrüßt, das bei allen demokratischen Parteien Übereinstimmung über die weitere Finanzierung des **Zentrums für Demokratie** herrscht, indem das Bezirksamt ersucht wird, auch in den Haushaltsjahren 2008 und 2009 Mittel aus dem Bezirkshaushalt zur Verfügung zu stellen.

Die gleichzeitige einhellige Ablehnung des Gegenantrags der NPD, nur dann Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen, wenn sich das Zentrum für Demokratie »auch gegen Linksextremismus, Ausländergewalt und Rassismus von Ausländern gegenüber Deutschen wendet« spricht eine klare Sprache.

Wenn ein einschlägig Vorbestrafter wie der NPD-Verordnete Bräuniger sich in der Debatte als demokratischer Biedermann aufspielt, kann er nicht darüber hinwegtäuschen, das er und seine Partei antidemokratische Brandstifter sind, wie ihr Antrag erneut demonstrierte.

\*\*\*

**Für Nachfragen:**

Hans Erxleben

Mobil: (0172) 3 82 51 66

E-Mail: [hans.erxleben@gmx.de](mailto:hans.erxleben@gmx.de)

Internet: [www.pds-tk.de](http://www.pds-tk.de)